

1.) D ist wettbewerbsfähig:

Exportweltmeister mit immer größerem Abstand

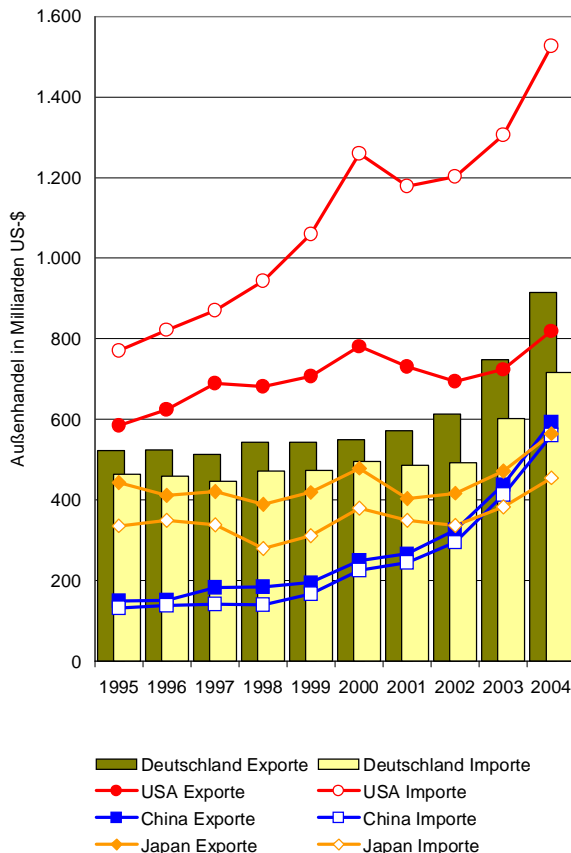
Kein Land der Erde hat größere Außenhandelsüberschüsse

Wir sind also mit unserem Lohnniveau äußerst wettbewerbsfähig

Das Problem ist der Zusammenbruch der Binnenkaufkraft (Minijobs, Niedriglöhne...)

Exportweltmeister Deutschland: Der Warenhandel der vier größten Exportländer 1995 bis 2004

Exporte und Importe in Milliarden US-\$, jeweilige Preise



Wie schon im Vorjahr war Deutschland 2004 Exportweltmeister im Warenhandel. Seine Exporte überstiegen die der USA um fast zwölf Prozent und die der „Nummer 3“, China nämlich, sogar um 54 Prozent.

Hierbei ist besonders bedeutsam, dass Deutschland den mit weitem Abstand größten Außenhandelsüberschuss erzielen konnte. Es ist also nicht die "Basarmentalität", mit der Billigimporte wieder ausgeführt werden. Deutschland ist Globalisierungsgewinner.

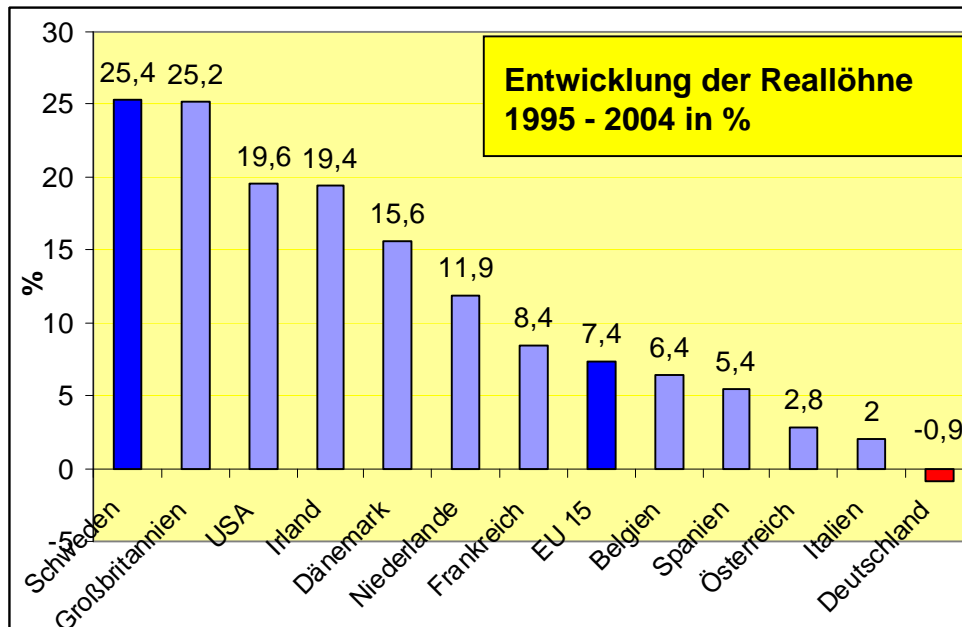
Bezogen auf die einzelnen Produkte sind die Löhne in Deutschland in den letzten zehn Jahren nur um 2,5 Prozent gestiegen.

In den übrigen Euro-Ländern war der Anstieg fünf mal (+12,6%).

Im Schnitt der EU-25-Länder lag der Anstieg 17mal so hoch (+17,6%)

Quellen: UNCTAD: Handbook of Statistics, verschiedene Jahrgänge; WTO: World Trade Report, verschiedene Jahrgänge

2.) Sinkende Löhne und Lohnstückkosten haben in Deutschland keinen Beschäftigungseffekt hervorgerufen

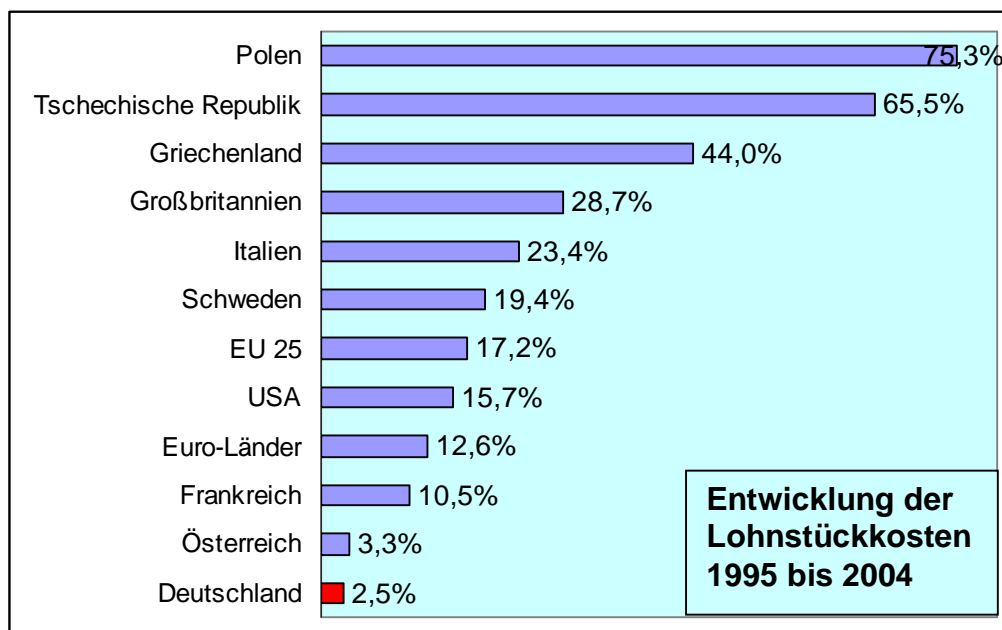


Quelle: WSI 13.6.2005

Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem die Reallöhne in den 10 Jahren zwischen 1995 und 2004 gesunken sind. Die alten EU-15-Länder hatten durchschnittliche Zuwächse von 7,4%.

Schweden lag mit einem Reallohnzuwachs von über 25% an der Spitze. Dabei kam es in dem 10-Jahreszeitraum zu einem Wirtschaftswachstum von über 28%.

In Deutschland lag das Wachstum trotz schrumpfender Löhne im gleichen Zeitraum bei knapp der Hälfte (13,8%).



Quelle: Wirtschaftspolitik aktuell Nr.17, Juni 2006, ver.di Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik

3.) Niedriglohnbereich in D ist größer als im EU-Durchschnitt

aus "Aktuelle Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Nr. 3 v. 10.3.2005):

- Ø 6,9 Mio. Beschäftigte (mehr als jeder 5.) arbeiten inzwischen im Niedriglohn-Bereich.
- Ø Seit 2000 liegen wir hier über dem EU-Durchschnitt.
- Ø Niedriglöhner kommen kaum aus der Armutsfalle. Nur ca. jeder Sechste, der 1996 Niedriglohn bezog, kam 2001 in normale Lohnbereiche.
- Ø Kombilohnmodelle sind ohne einen Mindestlohn à la Frankreich (7,50 €) oder Großbritannien (8 €) nicht finanzierbar.

Niedriglöhne in Deutschland

lt. IAT Gelsenkirchen

Grenze = 2/3 des Medianlohnes

2002 West 16,6%
Ost 19,0% der Vollbeschäftigten

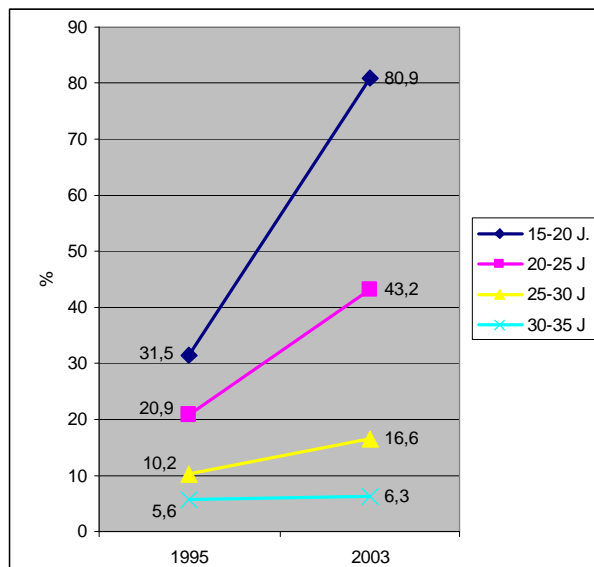
dabei
 26% Ausländer
 29% ohne Berufsausbildg.
 31% Frauen
 39% unter 25 Jahre

Niedriglohnanteile in Branchen

Branche	Niedriglohnanteil	Tarifliche Bindung
Dienststgen f. Unternehmen	32%	35%
Einzelhandel	33%	63%
Landwirtschaft	40%	68%
Private Haushalte	75%	68%
Gastgewerbe	72%	65%
Sonstige Dienstleistungen	76%	65%

Anteil der befristeten Arbeitsverträge, D, 1995 u. 2003

in Prozent nach Altersgruppen



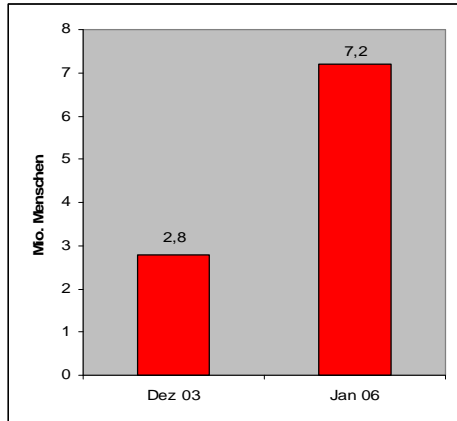
Quelle: www.sozialpolitik.de

nach Statist. Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden

4.) Die Hartz-Reform geht mit ihrer Angebots- und Marktausrichtung ins Leere

1 Jahr Hartz IV – eine Bilanz

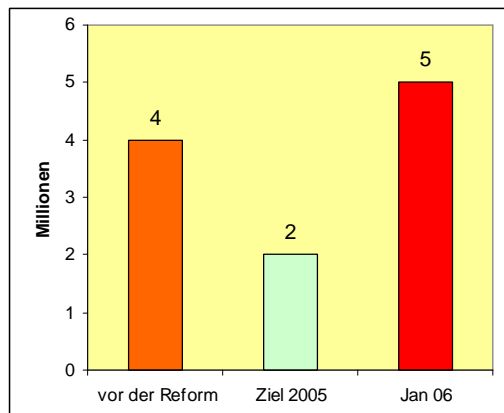
Menschen, die auf Sozialhilfeniveau leben (in Millionen)



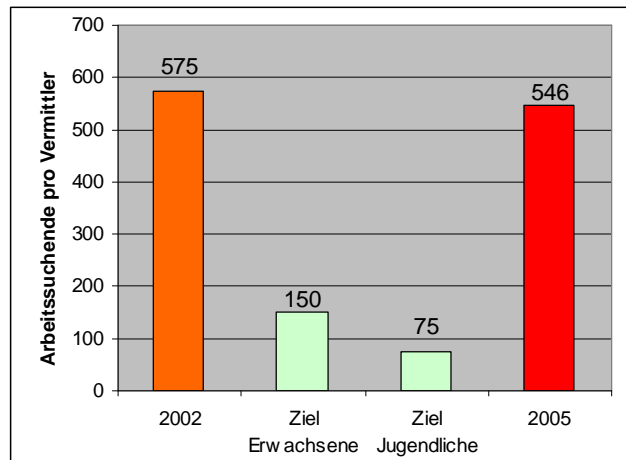
Bis 2003: Sozialhilfe

Jan. 2006: Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt), Grundsicherung im Alter

Arbeitslose (in Millionen)

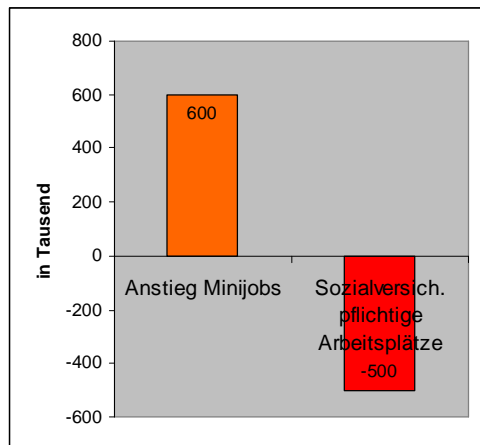


Verbesserung der Vermittlung
Betreuungsschlüssel der Jobvermittler
(Arbeitssuchende pro Jobvermittler)



Arbeitsplatzoffensive

Zunahme der Mini-Jobs – Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen



5.) Die Wirtschaftsleistung wird immer ungleicher aufgeteilt

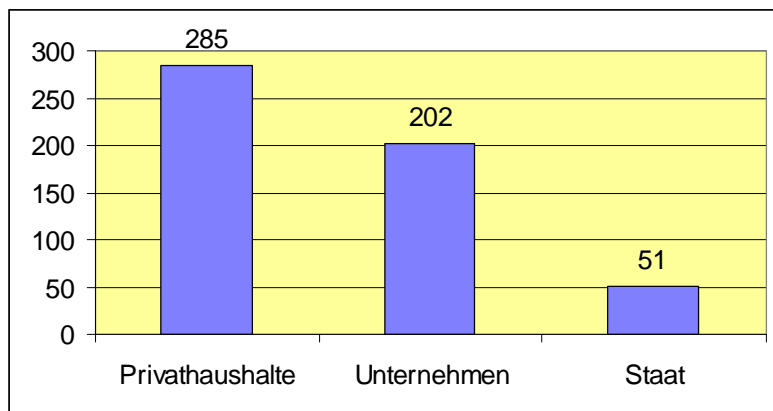
Nach Prognosen der Bundesregierung wird in 2006 ein Wirtschaftswachstum von 42 Mrd. Euro erwartet. Mit 0,2 % oder 2 Mrd. Euro sollen nach deren Vorstellung die Löhne wachsen. Demnach würden 40 Mrd. Euro den Gewinnen und großen Vermögen zufließen. Dort wandert ein großer Teil auf Geldanlagen und trägt nicht zur Konsumsteigerung bei sondern vergrößert die Zinslasten.

Die Schiefelage ist eine langfristige Entwicklung, lässt die privaten Geldvermögen explodieren und den Staat verarmen:

Zuwachs der Geldvermögen – D 1950 -2000

in Milliarden DM

	1950	2000	Faktor
Privathaushalte	25	7.124	285
Unternehmen	20	4.046	202
Staat	15	766	51
insges.	60	11.936	199
z. Vgl.: BIP	98	3.976	41



Die Geldvermögen sind in den letzten 50 Jahren explosiv angestiegen. Dabei sind die Privathaushalte die großen Gewinner, sie konnten ihr Vermögen nominal mit dem Faktor 285 vervielfachen. Verlierer war der (jetzt gewollt schlanke) Staat, dessen Geldvermögen "nur" mit dem Faktor 51 wuchs.

Problematisch ist die Zunahme der Geldvermögen weit über dem Wirtschaftswachstum. Dieses wuchs im Zeitraum 1950 – 2000 lediglich um den Faktor 41, die gesamten Geldvermögen aber um den Faktor 199. Das ist ein fünfaches Wachstum der Geldvermögen.

Sie müssen zur Vermeidung einer Deflation zwingend in den Wirtschaftskreislauf zurück geführt werden. Dies erfolgt in der Form von Krediten, die ständig wachsende Zinslasten einfordern. Wachsende Kredite brauchen ein wachsendes Heer von Schuldnern

Die Zinssätze liegen jeweils höher als das Wirtschaftswachstum, müssen aber von der Gesamtwirtschaftsleistung bezahlt werden. Die Geldvermögen steigen deshalb exponential in der Form einer Parabel an, die gegen Unendlich strebt.

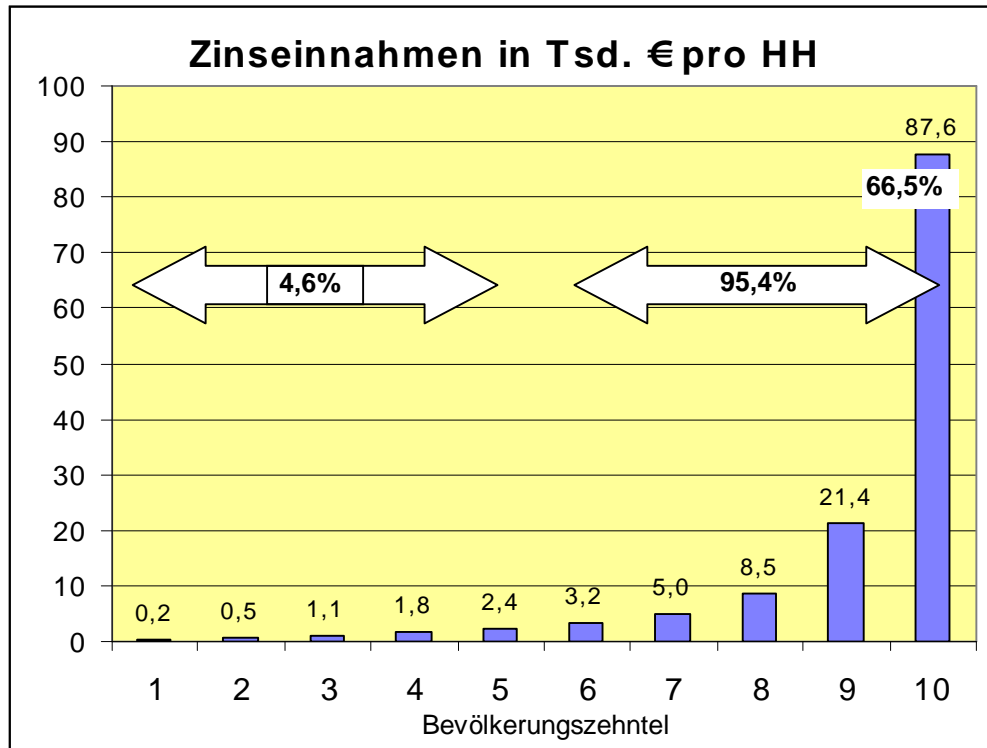
Durch den Rückführungszwang in der Form von Krediten ergibt sich eine (exponential steigende) Schuldenlast, die einen immer größeren Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung einfordert. Das private Geldvermögen liegt 2005 bei ca. 6 Billionen Euro.

Im Privatisierungsdruck öffentlicher Güter (Renten, Gesundheit, Bildung, Wasser...) und in spekulativen, vagabundierenden Geldströmen (weltweit ca. 1,5 Bill. \$ täglich) zeigt sich das Verwertungsinteresse der entfesselten Geldvermögen.

Quelle: Bundesbank
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 189.

Zinseinnahmen der versch. Bevölkerungsschichten;

D 2000



Quelle: Helmut Creutz, Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 83

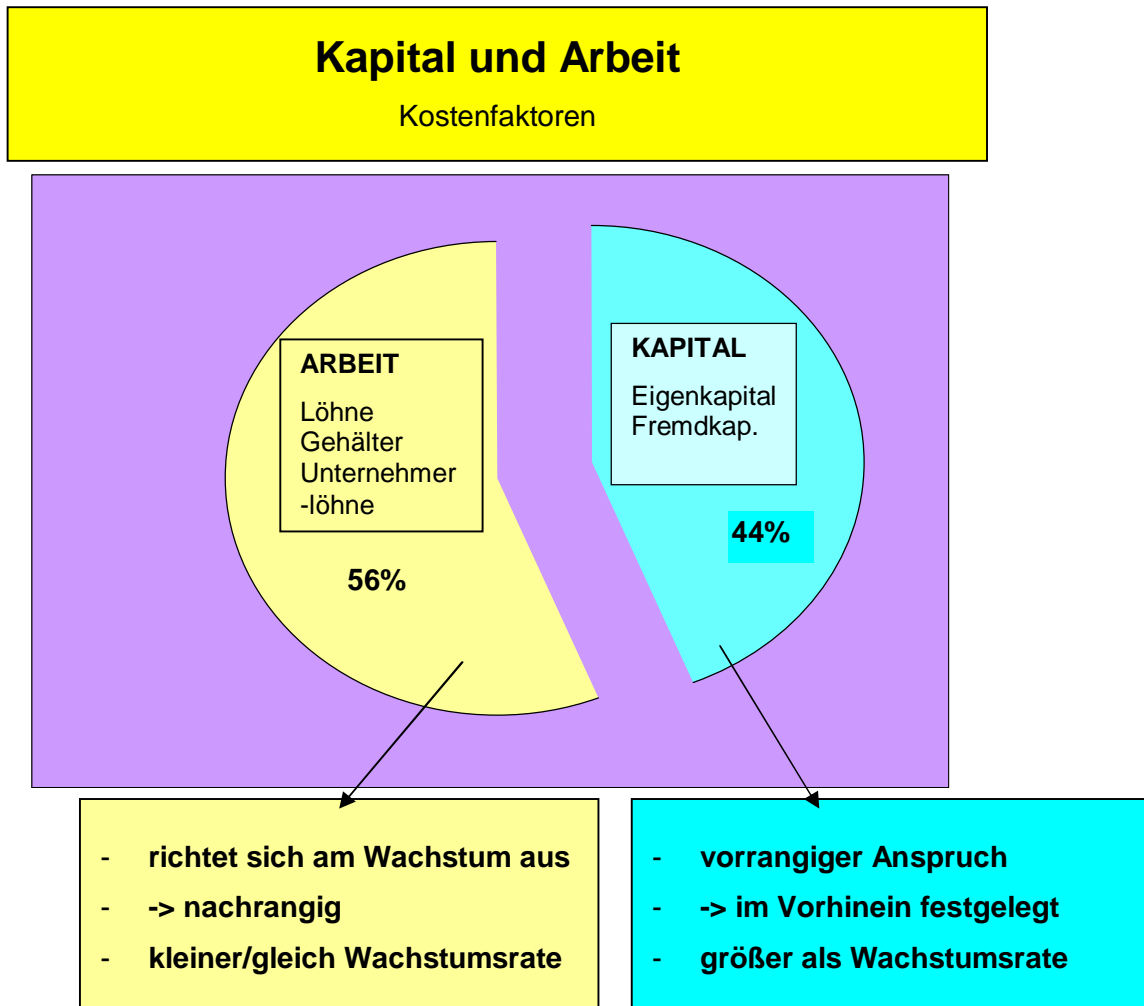
Die Geldvermögen sind extrem ungleich verteilt. Nach dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2003 hatte die untere Hälfte der Bevölkerung einen Anteil von 3,6%, die obere Bevölkerungshälfte somit 96,5%.

Über den Reichtum der Pyramidenspitze weiß man wenig. Die letzte Statistik der dann eingestellten Vermögenssteuer 1995 wies aus, dass 28% des deutschen Gesamtvermögens in der Hand von ca. 10.000 Steuerpflichtigen lagen.

Die Zinseinkünfte sind dabei noch ungleicher verteilt als die Geldvermögen, deren große Vertreter nicht von Spargbuchzinsen leben. Auf die oberen 10% der Bevölkerung entfielen in 2000 zwei Drittel der Zinseinnahmen. Dabei kommt ihnen noch zugute, dass Deutschland im EU-Vergleich (nach Griechenland) die niedrigste tatsächlich gezahlte Kapitalsteuer hat. Sie lag im Jahr 2002 bei 21 Prozent.

Die Kapitaleseite profitiert damit maximal im Wirtschaftsprozess, beteiligt sich aber minimal am gesellschaftlichen Ausgleich.

Quellen: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2003
Vermögenssteuerstatistik 1995;
European Communities (2004), Structures of the taxation systems in the European Union, Brussels, 294



44% Zinsanteil in den Haushaltsausgaben:

28% Verzinsung Geldvermögen (Zinsanteil aus HH-Einkommen)

12% Anteil schuldenfreies Sachkapital

4% aus Differenzquote Einkommen / Ausgaben

44% Gesamtbelastung durch Kapitalkosten

Beispiele für Zinsanteile in verschiedenen Branchen:

Kommunale Abwasserbeseitigung	23%	(Stadt Nürnberg 1991)
Kommunaler U-Bahn-Betrieb	44%	(----- " 44% -)
Mieten	60 – 80%	

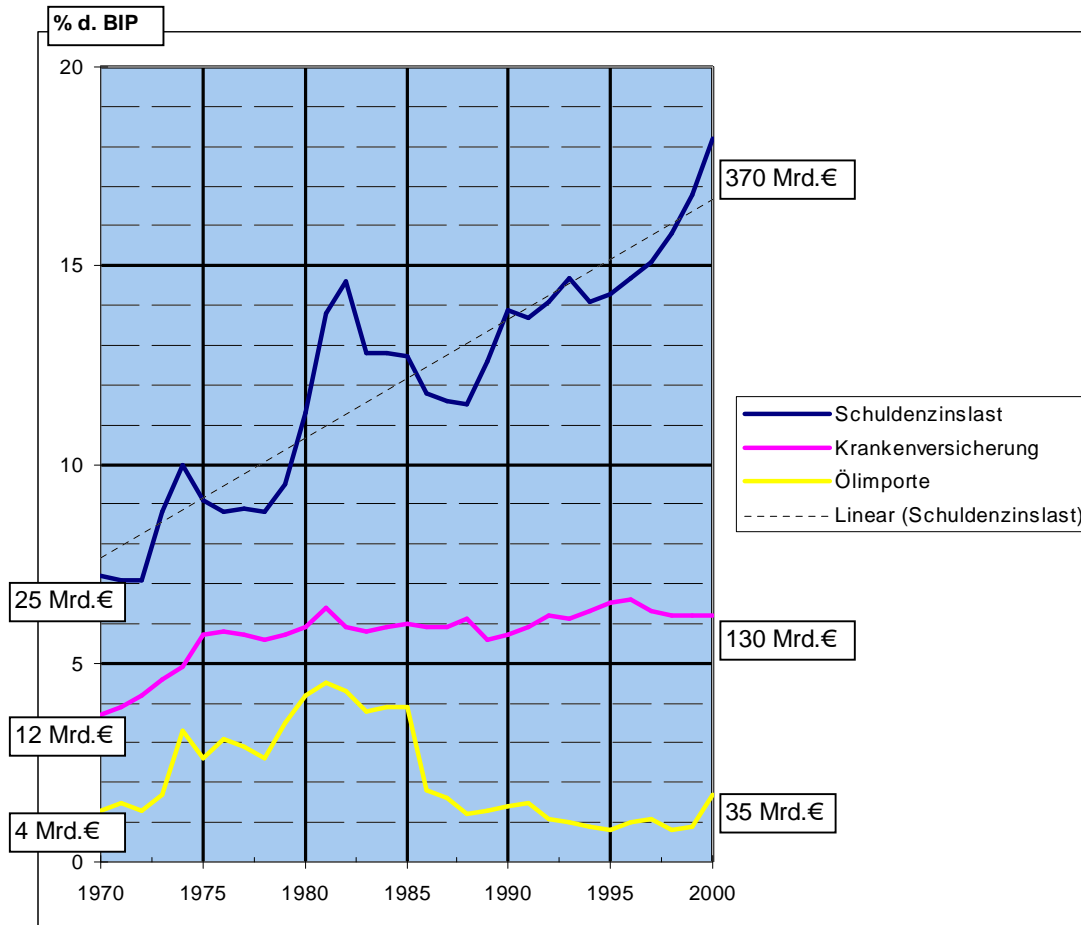
Die Wirtschaftsleistung wird aufgeteilt auf die Ansprüche der Faktoren Kapital und Arbeit. Mit dem vorrangig gesicherten Anspruch der Kapitalseite, deren Zinsansprüche jeweils über dem Wirtschaftswachstum liegen, verbleibt dem Faktor Arbeit nur der (ständig kleiner werdende) Rest.

Derzeit sind die Ausgaben aller Haushalte mit einem Zinsanteil von 44% belastet. Diese Belastung steigt mit der Zunahme der Geldvermögen rasant. 1950 betrug der Zinsanteil an den Haushaltsausgaben noch ca. 9%.

Quelle: Bundesbank nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 77 ff.

Deutsche Kostenlast-Quoten 1970 - 2000

in % des BIP



Die explodierenden Geldvermögen, die "mit dem Köder des Zinses" als Kredit in den Geldkreislauf geholt werden müssen, nehmen ein immer größeres Kuchenstück der deutschen Wirtschaftsleistung in Anspruch. Über 18% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei steil ansteigender Tendenz muss inzwischen für die Zinslast aufgewendet werden.

Die Belastungen durch die Krankenversicherung (Lohnnebenkosten) oder den Ölpreis nehmen sich dagegen recht bescheiden aus.

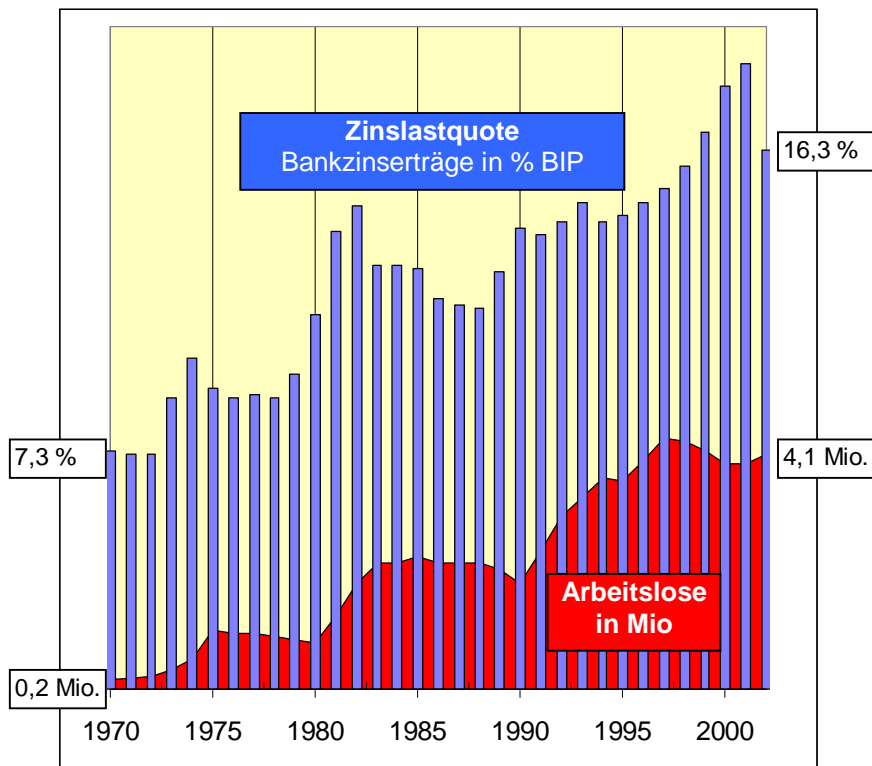
Dieser größte Belastungsfaktor bleibt jedoch in der öffentlichen Diskussion völlig außen vor – im Gegensatz zu den geringeren Belastungen der Krankenversicherung oder des Ölpreises.

Maßgeblich für diese zunehmende Würgebelastung der deutschen Wirtschaft ist ein Zins, der jeweils deutlich über dem Wirtschaftswachstum liegt.

Die Geldvermögen wachsen damit exponential an, der Faktor Kapital erdrückt den Faktor Arbeit. Mit dem vorrangig gesicherten Zinsanspruch werden die Verteilungskämpfe immer heftiger. Sinkende Löhne (der Arbeitnehmer und der Unternehmer), steigende Kaufkraftverluste und ein verarmender Staat, der seine sozialstaatlichen Aufgaben immer weniger erfüllen kann, sind die Folgen.

Quelle: Bundesbank / BmfAuS nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld

Zinslast und Arbeitslosigkeit 1970 - 2002



Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich völlig parallel zur steigenden Zinslastquote. Jeweils ein Jahr nach einem Hochpunkt in der Zinsbelastung der Wirtschaft ergibt sich ein Hochpunkt der Arbeitslosigkeit: Die Unternehmen können steigende Kapitalkosten bei begrenztem Wachstum i.d.R. nur mit einer Reduzierung der Personalkosten ausgleichen.

Auch hier wirkt sich das explodierende Geldvermögen und ein Zinssatz weit über dem Wirtschaftswachstum als Sprengsatz bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus.

Der leichte Rückgang in der Arbeitslosenkurve 1998 – 2000 ist Lohnsenkungen geschuldet, die jedoch zum Kollaps der Binnennachfrage führten. Das stark zunehmende Niedriglohnsegment hat inzwischen zu Löhnen geführt, die die Existenz nicht mehr sichern und die aufstockende Sozialleistungen ("Kombilöhne" u.a.) erfordern. Dies aber überfordert wiederum den "schlanken Staat".

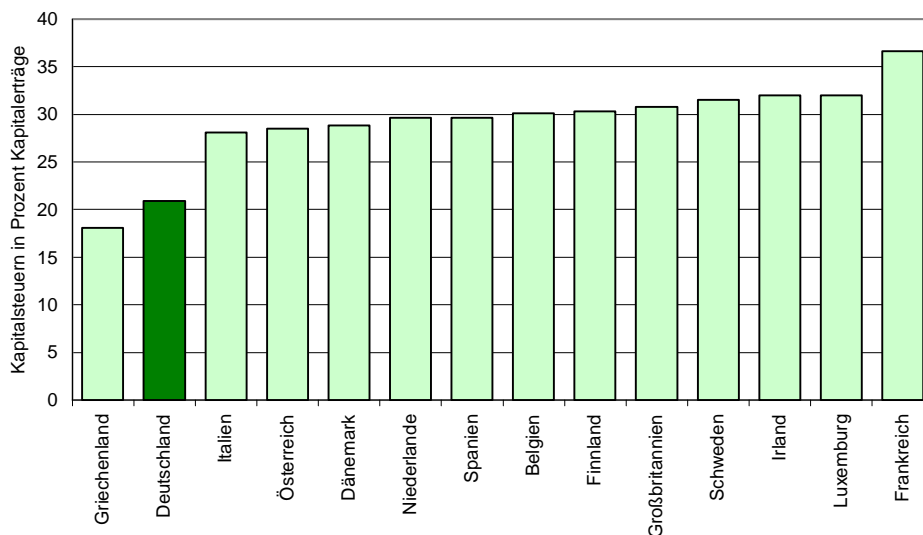
Quelle: Bundesbank
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 113

Kapitalerträge entziehen sich der gesellschaftlichen Verantwortung

- Im EU-Vergleich ist Deutschland eine Steueroase
- Zu den Sozialsystemen erfolgt keinerlei Beitrag

Steueroase Deutschland

Tatsächlich gezahlte Kapitalsteuern in Prozent der Kapitalerträge („implizite Kapitalsteuern“) im Jahre 2002 im EU-Vergleich



Kapitalerträge werden in der EU nur noch in Griechenland stärker von der Steuer verschont als in Deutschland – in den meisten der „alten“ EU-Staaten musste 2002 ein deutlich höherer Anteil der Unternehmensgewinne, Dividenden, Zinserträge, Mieten und anderen Kapitalerträge an den Fiskus abgeführt werden als in Deutschland. Meist lag die Mehrbelastung bei rund 40 Prozent: Zwar sind in Deutschland die nominalen Steuersätze relativ hoch, doch in kaum einem anderen Land gibt es so viele legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung wie in Deutschland. Daher ist eine weitere Absenkung der nominalen Besteuerung von Kapitalerträgen nur dann volkswirtschaftlich verantwortbar, wenn zugleich die jeweilige Bemessungsgrundlage deutlich ausgeweitet wird. In keinem Fall zu rechtfertigen wäre eine weitere Absenkung der effektiven Besteuerung...

Anmerkungen zum Schaubild:

implizite Kapitalsteuern: Summe der Steuern auf Unternehmensgewinne, Unternehmens- und Vermögenseinkommen privater Haushalte usw. in Prozent der Summe der Unternehmensgewinne, Unternehmens- und Vermögenseinkommen privater Haushalte usw.

EU (gewichtete Basis): Durchschnitt der Steuern auf Kapitalerträge, gewichtet nach der Höhe der Kapitalerträge.

Durchschnitt EU (arithmetisches Mittel): ungewichteter Durchschnitt der impliziten Steuerquoten

Zahlen für 2003 und 2004 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Schaubildes noch nicht vor.

Quelle: European Communities (2004): Structures of the taxation systems in the European Union, Brussels, 294

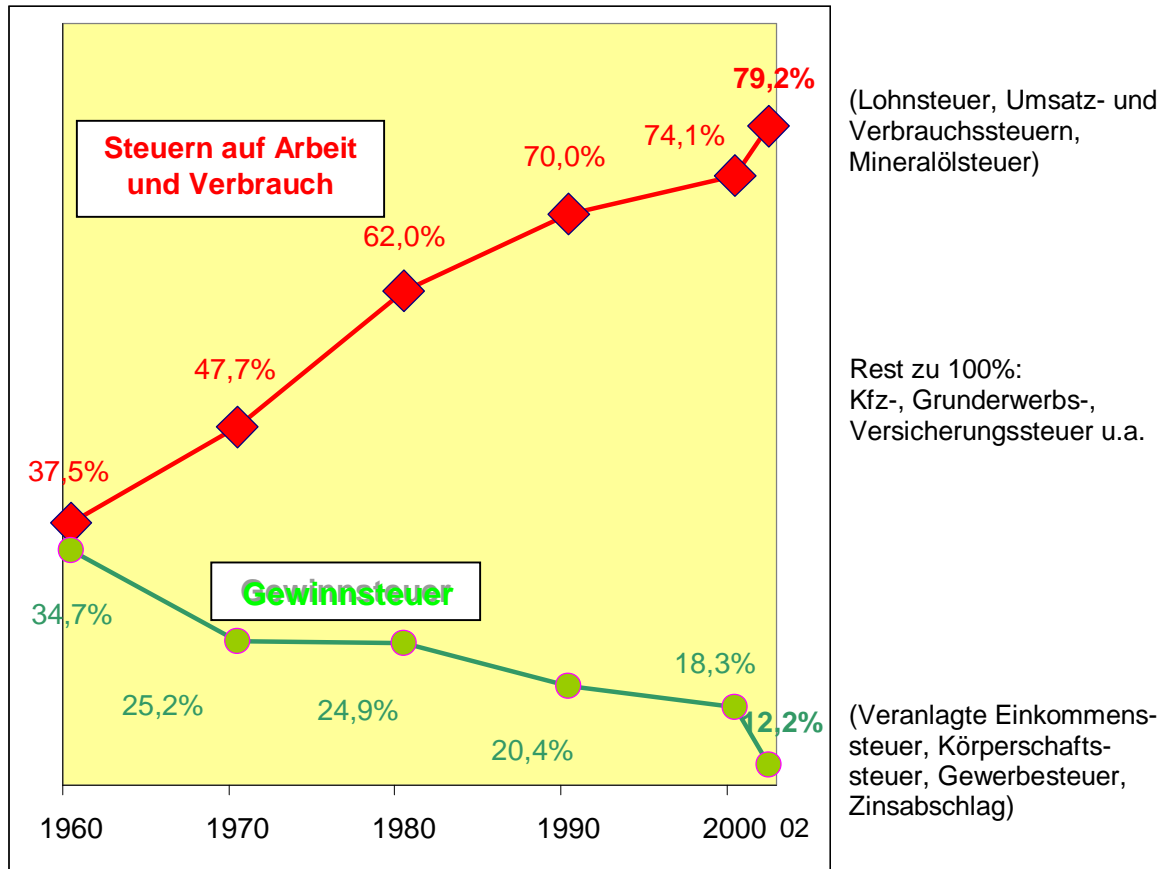
Zwischenfazit Zinslast:

- ◆ eine weitere Explosion der Geldvermögen kann nur verhindert werden durch eine faire Aufteilung der Wirtschaftsleistung zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb dürfen **Zinsen nicht höher als das Wirtschaftswachstum** liegen
- ◆ "Parkendes Geld" braucht eine "Parkgebühr"
- ◆ zur Begrenzung des spekulativ vagabundierenden Kapitals braucht es eine Dämpfung der Geldströme. Hierzu kann eine **Umsatzbesteuerung des Geldtransfers** dienen (Tobinsteuer)
- ◆ die Geldvermögen sind für das Gemeinwesen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Hierzu bedarf es der Wiedereinführung der **Vermögenssteuer und einer höheren Besteuerung der Kapitalerträge**

Ludwig Erhard 1971:

"Als ein strategischer Punkt [für mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit in der Marktwirtschaft] ist die Vermögensverteilung anzusehen."

Verteilung der Steuerlast



Deutschland wird verkommt immer mehr zu einem Lohn- und Verbrauchssteuerstaat. Fast 80% der Steuerlasten wird inzwischen von den Arbeitnehmern und Verbrauchern getragen. Gewinne tragen im Jahr 2002 gerade noch mit stark 10% bei. 1960 brachten die Gewinn- sowie die Lohn- und Verbrauchssteuern annähernd gleich große Beitragsanteile zu den staatlichen Leistungen.

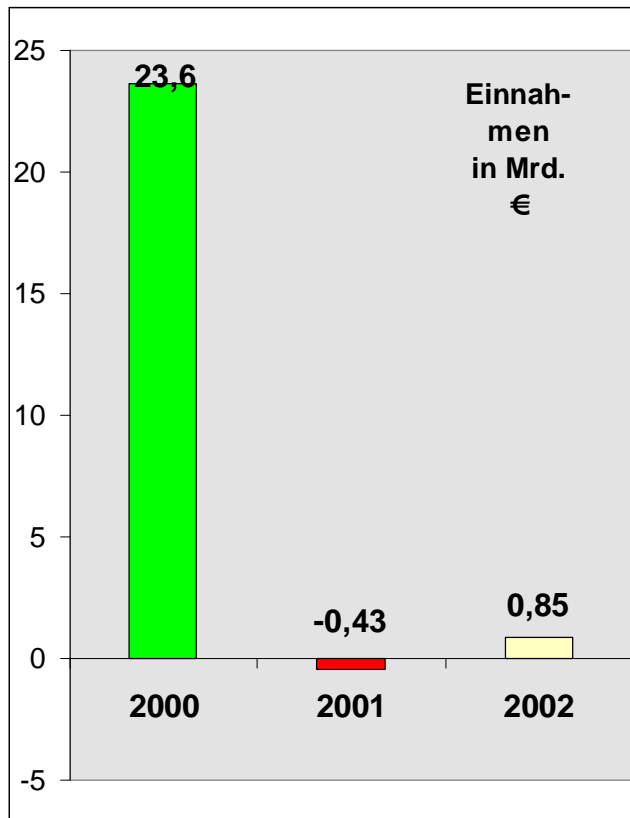
Mit dieser Entlastung der Kapitaleseite wird Tribut gezollt

- ◆ dem gewünschten schlanken Staat, der zum armen Staat wird
- ◆ den explodierenden Geldvermögen, die sich immer weniger am Gemeinwesen beteiligen

Quelle: WSI, Hans-Böckler-Stiftung

Unternehmenssteuerreform 2000

Der Zusammenbruch der Körperschaftssteuer

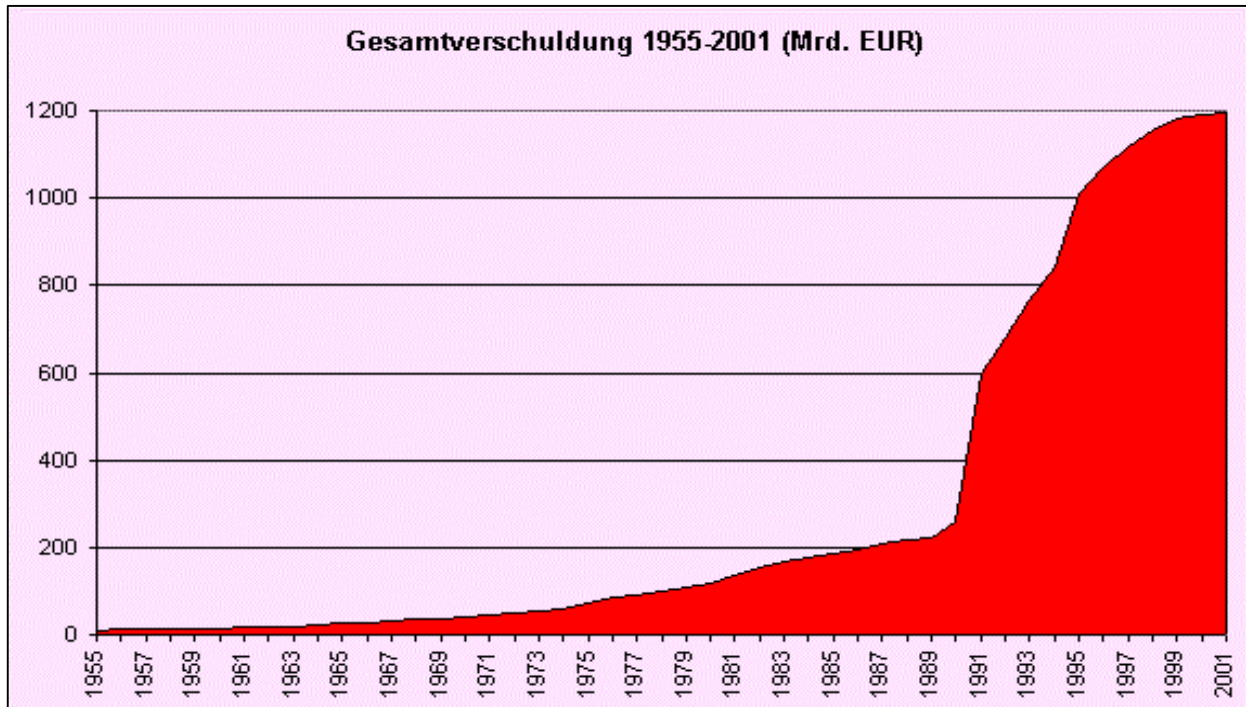


Mit der **Unternehmenssteuerreform 2000** kam es zu einem völligen Zusammenbruch der Körperschaftssteuer, der Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Konzerne. Sie brach 2001 um 24 Milliarden € oder 10% des Bundeshaushalts ein. Die Reform führte in der Folge auch zu einem Zusammenbruch der Gewerbesteuer und zu massenhaft verarmten Städten und Gemeinden. Das Thema von immer neuen Steuerlöchern lief wie ein rotes Band durch immer neue Nachrichten und Schlagzeilen.

Die Reform führte bislang zu Steuerausfällen von ca. 150 Milliarden Euro, ohne dass die erwünschten Arbeitsplätze entstanden wären.

Solche Ausfälle verkraftet kein Sozialstaat ohne wesentliche Funktionsausfälle. Die Folge war ein massiver Sozialabbau (Gesundheit, Hartz I-IV, Renten).

Der schlanke, arme Staat



Mit den Kosten der deutschen Einheit und den immer neuen Steuerausfällen explodierte die **Staatsverschuldung** auf aktuell 1,325 Billionen €. Jeder vierte Steuer-Euro muss inzwischen für Schuldzinszahlungen ausgegeben werden.

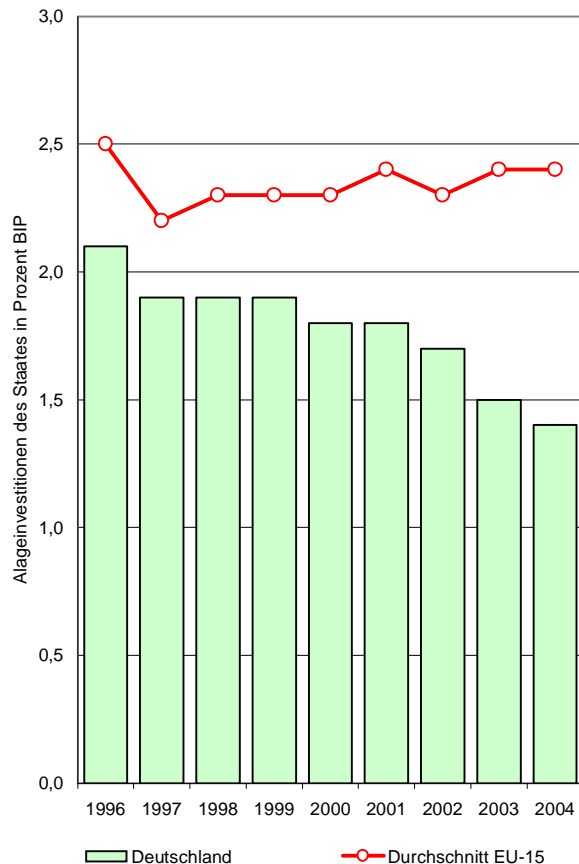
Seit Jahren liegt die Nettokreditaufnahme des Staates auf dem Niveau der Schuldzinsen. Die Schulden treiben also in neue Schulden. Neue Schulden dienen immer weniger dem Ziel von Neuinvestitionen (verfassungswidrige Haushalte).

Die Kehrseite der Staatsverschuldung findet sich im privaten Geldvermögen von derzeit sechs Billionen Euro wieder.

Fehlende staatliche Investitionen

Der deutsche Staat investiert zu wenig: Staatliche Investitionsquote 1996 bis 2004

Investitionen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes i.Vgl.m. EU-15-Durchschnitt



Während die staatliche Investitionsquote (Anlageinvestitionen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) im Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder seit 1997 stieg, fiel sie in Deutschland und lag 2004 mit 1,4 Prozent um rund 40 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt – trotz der beträchtlichen Investitionen in den neuen Bundesländern.

Der gewünschte schlanke Staat ist nicht mehr in der Lage zu notwendigen Investitionen.

Es fehlen deshalb Impulse zur Konjunktur. Arbeitsplätze gehen verloren. Der staatliche Umbau trägt daher wesentlich zur Massenarbeitslosigkeit bei.

Kommunen sind z.B. die größten Auftraggeber des Handwerks.

Quelle: Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.eu.int>)